



Projektland: Brüssel

Monatsbericht: März 2007

Entwicklungspolitischer Monatsbericht aus Brüssel

Schlagzeilen:

- 1. Allgemeine entwicklungspolitische Ereignisse:** Berliner Erklärung unterstreicht die Rolle Europas für Entwicklung in der Welt; Gymnich-Treffen der europäischen Außenminister; Konsens über Ausgestaltung der WPA zwischen EU und AKP Staaten
- 2. Mittel-, Ost- und Südosteuropa:** Kosovo: UN Sicherheitsrat muss nun entscheiden; nationalistische Tendenzen in Bosnien-Herzegowina; Beitrittskonferenzen mit der Türkei und Kroatien
- 3. Naher und Mittlerer Osten:** neue palästinensische Regierung gebildet
- 4. Afrika:** ENP-Aktionsplan für Ägypten verabschiedet; nachhaltiger Gebrauch von Energiereserven im Rahmen der Entwicklungspolitik; Abbau von Handelsbarrieren für AKP-Produkte
- 5. Asien:** vertiefte Zusammenarbeit zwischen EU und ASEAN; EU-Troika trifft zentralasiatische Außenminister

1. Allgemeine entwicklungspolitische Ereignisse

Der Monat März stand unter voller Aufmerksamkeit für die Feierlichkeiten des 50-jährigen Jubiläums der Unterzeichnung der Verträge von Rom, die den Prozess der Europäischen Integration einleiteten. Die aktuelle EU-Ratspräsidentin Bundeskanzlerin Angela Merkel lud aus diesem Anlass am 24.3. zu einem Festakt nach Berlin ein. In diesem Rahmen verabschiedeten die EU-Regierungschefs die **Berliner Erklärung**. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hebt die Berliner Erklärung die Aufgabe der EU hervor, Freiheit und Entwicklung in der Welt zu fördern und bei der Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheiten weiterhin eine führende Rolle einzunehmen. Die EU werde sich darüber hinaus stets für eine friedliche Konfliktlösung einsetzen.

Das **Treffen der europäischen Außenminister**, traditionell Gymnich-Treffen genannt, fand im Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft am 30. und 31. März in der Freien Hansestadt Bremen statt. Laut Bundesaußenminister Steinmeier sei die Halbzeitbilanz der deutschen Ratspräsidentschaft gut, aber schwierige Aufgaben gelte es noch zu lösen: Deutschland will den europäischen Erneuerungsprozess vorantreiben und die Euro-Atlantische Wirtschaftspartnerschaft voranbringen. Themenschwerpunkte der seit 1974 jährlich stattfindenden Zusammenkunft der mittlerweile 27 Minister umfassten dieses Mal die Ausgestaltung der europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) und klassische außenpolitische Themen, wie die Lage auf dem westlichen Balkan, insbesondere dem Kosovo, sowie Entwicklungen im Nahost-Friedensprozess.

Das Gymnich-Treffen endete mit einem Konsens der EU-Außenminister. Zum Nahostkonflikt wies Steinmeier in der abschließenden Pressekonferenz besonders auf die Wiederbelebung des Nahostquartetts hin. Europa werde sich weiterhin für eine Zweistaatenlösung einsetzen.

Bei dem ersten informellen Treffen der Minister der AKP-Länder (Afrika, Karibik, Pazifik) und der EU am 13. März wurde Konsens in Bezug auf eine **entwicklungsförderliche Ausgestaltung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) zwischen der EU und den AKP Ländern** erreicht. Neben den für Entwicklungszusammenarbeit zuständigen Ministern

der 27 EU Mitgliedsstaaten, nahmen über 30 Minister sowie Delegationsleiter aus den AKP Staaten, der EU Handelskommissar Peter Mandelson und EU Entwicklungskommissar Louis Michel an der informellen Veranstaltung auf dem **Petersberg** bei Bonn teil.

Einigung erreichte man in der Formulierung der gemeinsam angestrebten Ziele durch die WPAs: vor allem Armut zu bekämpfen, nachhaltige Entwicklung der AKP Staaten zu fördern und zu ihrer Integration in die Weltwirtschaft beizutragen. Die Nutzung der WPAs als Entwicklungsinstrument spiegelt den Ansatz, Handelsbeziehungen mit entwicklungspolitischen Zielen zu verbinden, wider. Seitens der EU geht damit die Gewährleistung besserer Marktzugänge für die AKP Staaten und eine Erhöhung handelsbezogener Entwicklungshilfe einher. Das Treffen kann als großer Fortschritt für den noch im Jahr 2007 angestrebten Abschluss der Verhandlungen über die Zusammenarbeit Europas mit den insgesamt 78 AKP-Staaten betrachtet werden.

2. Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Nach einjähriger Verhandlungsphase sind die **Gespräche zwischen Serbien und dem Kosovo am 10. März in Wien gescheitert**. Der vom UN Sonderbeauftragten Martti Ahtisaari ausgearbeitete Entwurf, welcher für die Provinz Kosovo eine international überwachte Selbstständigkeit vorsieht, wurde seitens der serbischen Regierung abgelehnt.

Der Plan wird nun an den UN-Sicherheitsrat weitergegeben, der dann über den zukünftigen Status des Kosovo entscheiden soll. Großbritannien, das ab April den Vorsitz des Sicherheitsrates übernimmt, befürwortet Kosovos Unabhängigkeit. China und besonders Russland – ebenfalls Mitglieder im Sicherheitsrat - sind jedoch gegen eine Entscheidung ohne serbische Zustimmung. Die EU und die USA stehen hinter dem Ahtisaari-Plan, jedoch stellten sich auf dem Gymnich-Treffen am 30. und 31. März Splittergruppen heraus; die Slowakei, Rumänien und Griechenland waren dafür, bei weiteren Gesprächen beide Positionen (Albanien und Serbiens) zu betrachten. Auch Spanien und Italien räumten Bedenken ein.

EU Erweiterungskommissar Olli Rehn, der den Ahtisaari Plan befürwortet, wies auf die Verankerung der Statusfrage des Kosovo in eine europäischen Perspektive hin, um die Stabilität der Region, die seit 1999 unter internationaler Zivil- und Militärverwaltung steht, zu stärken. Politische Instabilität und Chaos, deren Auswirkungen geografisch betrachtet vor allem Europa betreffen, seien zu erwarten, wenn der UN-Sicherheitsrat keine Lösung findet.

Die oft nationalistischen Wahlkampfslogans zuvor „gemäßigter“ Parteien während des letzten Wahlkampfes gaben Anlass für einen **Bericht** der saarländischen CDU-Abgeordneten und Vorsitzenden der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlaments Doris Pack **über die aktuelle Lage in Bosnien-Herzegowina**. Die EU sorgt mit rund 2.5 Milliarden Euro, die seit 1991 in das Land geflossen sind, und der EU Einsatztruppe EUFOR bis heute für Stabilität nach Beendigung des Krieges, so dass Bosnien-Herzegowina gegenwärtig als potenzieller EU-Beitrittskandidat gehandelt wird.

Trotz der Perspektive einer europäischen Integration bewertet EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn das Jahr 2006 für Bosnien-Herzegowina kritisch: die Reformagenda stagniere, das politische Klima sei rauer als zuvor. Pack fordert in ihrem Bericht die Aufnahme der Gespräche über eine Verfassungsreform für Bosnien-Herzegowina. Damit geht auch ihre Forderung zur raschen Bildung der neuen Regierungen und somit die Wiederaufnahme legislativer Tätigkeiten einher. Weitere Grundvoraussetzungen, um das langfristige Ziel der europäischen Integration zu erreichen, ist die Reform der Polizei, die Auslieferung von Kriegsverbrechern an das internationale Strafgericht für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) sowie die Rückführung und Eingliederung von Kriegsflüchtlings im bosnisch-herzegowinischen Staatsgebiet. Besonderes Augenmerk legt Pack auf die Reform des Bildungswesens, da diese „Hauptmotor“ für eine baldige Einigung des Landes sei. Das Europaparlament befürwortet die Fortsetzung der Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU.

Am 29. März setzte die EU **Beitrittskonferenzen mit der Türkei und Kroatien** fort. Von den insgesamt 35 Verhandlungskapiteln konnte die Türkei das zweite Kapitel öffnen. Sie hofft, bis Ende Juli noch drei weitere öffnen zu können. Die EU hatte die Verhandlungen bezüglich acht Kapiteln letzten Dezember eingestellt, nachdem die Türkei die Bestimmungen der Zollunion nicht erfüllte und seine Türen weiterhin den griechischen Zyprioten verschlossen hielt. Kroatien eröffnete ebenso ein neues Verhandlungskapitel – zwei der nun sechs Kapitel sind bereits abgeschlossen. Man hofft, Verhandlungsgespräche in allen Kapitel bis Ende 2007 beginnen und bis 2009 abschließen zu können.

Die EU muss allerdings institutionelle Angleichungen vornehmen, da der aktuelle Vertrag von Nizza (aus 2002) Änderungen vorsieht, bevor ein achtundzwanzigstes Mitglied aufgenommen werden kann.

3. Naher und Mittlerer Osten

Die am 17. März **neu gebildete palästinensische Regierung** der nationalen Einheit, deren Bildung auf der am 8. Februar in Mekka erzielten Vereinbarung zur innerpalästinensischen Aussöhnung aufbaut, wird von Seiten der EU Ratspräsidentschaft begrüßt. Die EU plant die Arbeit der Regierung und des Kabinetts, das sich aus Mitgliedern der radikal-islamischen Hamas sowie der gemäßigten Fatah Bewegung zusammensetzt, sorgfältig zu evaluieren und sichert Kooperationsbereitschaft mit Berufung auf die Grundsätze des Nahostquartetts zu. Das Quartett, bestehend aus den Außenministern Russlands, Amerikas, der EU sowie UN Generalsekretär Ban Ki Moon, bekräftigte seine Erklärung, eine palästinensische Regierung zu unterstützen, wenn diese gemäß früheren Vereinbarungen Gewaltverzicht und der Anerkennung Israels zustimmt und so zu einem Ende des israelisch-palästinensischen Konflikts beitrage.

Die palästinensische Regierung unter Präsident Abas bringt neue Hoffnung und Zuversicht, den politischen Verhandlungsprozess zwischen Israel und Palästina voranzubringen und so den Weg zur Schaffung eines unabhängigen, demokratischen und funktionsfähigen palästinensischen Staates mit friedlicher Nachbarschaft zu Israel zu ebnen.

4. Afrika

Die Förderung der Beziehungen und die schrittweise Integration zwischen der Europäischen Union und ihren angrenzenden Nachbarländern stehen im Zentrum der **Europäischen Nachbarschaftspolitik** (ENP). In diesem Zusammenhang fand am 6. März das Treffen des Assoziationsrates EU-Ägypten in Brüssel statt, bei dem der **ENP-Aktionsplan für Ägypten verabschiedet** wurde.

Neben einem Finanzpaket von 558 Mio. Euro erhält Ägypten seitens der EU breite Unterstützung bei seinen eigens initiierten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen. Durch die Einrichtung von acht neuen, mit Experten besetzten Unterausschüssen im Rahmen des Assoziationsabkommens soll die Umsetzung der festgelegten Prioritäten zukünftig überwacht und bewertet werden. Der Aktionsplan, der die Zusammenarbeit zwischen der EU und Ägypten in den kommenden drei bis fünf Jahren festlegt, macht Ägypten zu einem der engsten Partner der Europäischen Union.

Mit dem entwicklungspolitischen Gebrauch und dem Zugang zu Energiereserven sowie deren nachhaltige Nutzung beschäftigte sich das **Afrika-Europa Energieforum 2007**, das im Vorfeld des informellen EU-AKP Außenministertreffens in Berlin stattfand. Über 220 Vertreter afrikanischer und europäischer Staaten, internationaler Finanzierungsinstitutionen, UN Organisationen und weitere Entscheidungsträger diskutierten über das Potential, das der Zugang zu Energie für Wirtschaftswachstum und sozialen Fortschritt entfalten kann.

In Afrika und Europa hat sich Energie zu einem zentralen Bestandteil der politischen Agenda entwickelt, und beide Kontinente stehen vor der Herausforderung, die bestehende Abhängigkeit von Zuliefererstaaten zu minimieren, um sicheren Zugang zu Energieressourcen zu schaffen. Der afrikanische Kontinent beherbergt enorme Energiereserven, und dennoch nutzen rund 70% der Bevölkerung traditionelle Energieträger.

Eine **Energiepartnerschaft** zwischen der EU und Afrika wurde auf dem informellen Treffen der Entwicklungsminister der EU-27 mit den 78 AKP-Staaten am 13. März als gemeinsame Zielsetzung formuliert.

Die EU schlug Anfang April die **Abschaffung aller Handelsbarrieren** für alle Produkte, einschließlich Landwirtschaftsprodukten, aus allen **AKP-Ländern** beim Zugang zum Markt der EU ab 1.1.2008 vor. Übergangsfristen soll es lediglich für Reis und Zucker (bis 2015) geben. Die Abschaffung der lang umstrittenen EU-Schutzmaßnahmen, vor allem für deren Agrarmarkt, soll im Rahmen der zwischen der EU und sechs AKP-Regionen bis Ende des Jahres zu schließenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs) verhandelt werden. Auf diese Weise werden auch die 37 „nicht am wenigsten entwickelten“ AKP-Länder (non-LDCs) von Zolltarifen und Quotenbeschränkungen gänzlich befreit werden; ausgenommen davon ist Südafrika, das für weltweite Konkurrenzprodukte weiterhin Importzölle zahlen soll. Ziel des neuen Ansatzes ist der Aufbau von eigenen Handelsregimen pro WPA-Region, um die regionale Integration zu fördern und starke, regionale Märkte aufzubauen.

5. Asien

Am 15. März trafen sich die EU Außenminister und ihre Kollegen der ASEAN (Association of South East Asian Nations) zur EU-ASAN Konferenz in Nürnberg. Auf die 30jährige Geschichte gemeinsamer Beziehungen folgt jetzt eine **Vertiefung der Zusammenarbeit**, die im Abschlussdokument des Treffens, der **Nürnberger Erklärung**, festgehalten wurde. Kernpunkte dieses Dokuments beziehen sich auf eine intensive politische und vor allem sicherheitspolitische Kooperation, den Ausbau der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen und, mit besonderem Bezug zur deutschen Ratspräsidentschaft, eine intensive Kooperation in globalen Fragen in den Bereichen Energie und Umwelt. Aus europäischer Sicht bergen die ASEAN-Staaten große, noch ungenutzte Potentiale im Handel sowie in der politischen Kooperation, da diese Nationen im Raum Asien Pazifik schon jetzt wichtiger Handelsknotenpunkt sind. Das nächste Treffen dieser Art wird 2009 in Siem Reap in Kambodscha stattfinden.

Die EU Troika reiste am 27. und 28. März unter Leitung von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier in die kasachische Hauptstadt Astana, um mit den **zentralasiatischen Außenministern** mögliche Kooperationsbereiche zu diskutieren. Auf der **Konferenz** betonten alle Gesprächspartner die gemeinsame Absicht, zukünftig regelmäßige Außenministertreffen abzuhalten. Der Bundesminister unterstrich das Interesse der EU, den Dialog mit den zentralasiatischen Staaten transparent zu gestalten und hob fünf Kernbereiche vertiefter Zusammenarbeit hervor, wie einen intensiveren Dialog zu den Themen Rechtstaatlichkeit und Demokratieförderung. Weiterhin seien die Staaten Zentralasiens ein Schlüsselpartner bei der Stabilisierung Afghanistans. Der EU-Sonderbeauftragte Morel betonte die Langfristigkeit des europäischen Ansatzes, und so werden die Außenminister der Europäischen Union bei einem Treffen am 23. April in Brüssel über einen ersten Entwurf über die Zentralasienstrategie beraten. Diese soll dann beim Außenministertreffen im Juni 2007 finalisiert und beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs am 21./22. Juni 2007 verabschiedet werden.

Dr. Mariella Franz, wissenschaftliche Mitarbeiterin im entwicklungspolitischen Dialog
Julia Asshorn und Denise Kästner, Volontärinnen in der Verbindungsstelle Brüssel